

Kurzdossier

Transformation – aber gerecht: Deutsche Gewerkschaften in der Klimapolitik

Deutschland am Scheideweg

Deutschland ist Europas größte Volkswirtschaft und ein bedeutender CO₂-Emittent. Es muss zeigen, dass ambitionierte Dekarbonisierung mit sozialer Gerechtigkeit einhergehen kann. Doch jüngste politische Entscheidungen wie die Verwässerung der sektoralen Klimaziele, der geplante Bau 40 neuer Gaskraftwerke, Forderungen nach Überprüfung der Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien und der Einsatz der neuen Regierung für eine Aufhebung des EU-Verbots von Verbrennungsmotoren signalisieren einen Rückschritt.

Kurzfassung:

Dieser Policy Brief enthält Empfehlungen zur Stärkung der Rolle von Arbeitnehmern und Gewerkschaften in der Klimapolitik in Deutschland. Die Empfehlungen basieren auf den Ergebnissen des mehrjährigen Forschungsprojekts Just Transitions - a Global Exploration (Just Transitions Aktivitäten im internationalen Vergleich), das an der Leeds University Business School durchgeführt und von der Hans-Böckler-Stiftung finanziert wurde.

Evidenzbasis:

25 Interviews mit Gewerkschaftsvertretern, NGOs und Experten für den Übergang zur Netto-Null-Emissionswirtschaft in Deutschland (geführt zwischen Januar 2023 und Juni 2024) sowie Sekundärforschung und Analyse von Hunderten von Positionspapieren, Kommentaren zu Gesetzesentwürfen des Bundestages und Pressemitteilungen.

Verbunden mit dem anhaltenden Stau bei dringend benötigten öffentlichen Investitionen, dem Aufstieg des klimaskeptischen Rechtspopulismus und dem Widerstands einflussreicher Industrieverbände sind das Selbstverständnis des Landes als Klimavorreiter und seine frühere Führungsrolle innerhalb der EU ins Wanken geraten.

Noch verschärft wird die Herausforderung durch einen Mangel an ausreichenden privaten Investitionen von Unternehmen in emissionsintensiven Branchen. Die jüngste Rücknahme der Zusage von ArcelorMittal, in „grünen“ Stahl zu investieren – trotz öffentlicher Subventionen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro – steht beispielhaft für das Stocken der

industriellen Dekarbonisierung. Für Arbeitnehmende sind solche Entwicklungen ein Signal dafür, dass die Dekarbonisierung zu Arbeitsplatzunsicherheit führen kann, was Ängste verstärkt und die öffentliche Unterstützung schwächt.



ganisierten Industriezweige (Energie, Stahl, Automobil, Chemie) auch zu den größten Emittenten gehören und am stärksten von Störungen betroffen sind.

So rechnen beispielsweise 44 Prozent der produzierenden Unternehmen mit einem Stellenabbau im Jahr 2025 – was die Dringlichkeit von Übergangsstrategien unter

Einbeziehung der Beschäftigten unterstreicht. Der Aufstieg der rechtsextremen, den Klimawandel leugnenden AfD verschärft dieses Dilemma. Ein steigender Anteil der Gewerkschaftsmitglieder unterstützt die AfD, und selbsternannte „alternative“ Gewerkschaften aus dem rechten Spektrum drohen in Betriebsräten Fuß zu fassen.

Durch ihre Verankerung in der korporatistischen politischen Aushandlungskultur des Landes spielen die deutschen Gewerkschaften eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung der Klima- und Industriepolitik. Sie greifen auf eine breite Palette von Instrumenten zurück, um Einfluss auszuüben, darunter Tarifverträge, Mitbestimmung (Betriebsräte, Aufsichtsräte) und nationale Konsultationen. Allerdings werden sie in den kommenden Jahren auch vor immer größeren Herausforderungen stehen. Dabei sind sie mit einem Dilemma konfrontiert: Sie müssen den Schutz der Jobs und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder mit umfassenderen sozialen und ökologischen Verantwortlichkeiten in Einklang bringen, auch wenn die am stärksten gewerkschaftlich or-





Die deutsche Gewerkschaftsbewegung reagiert auf den Klimawandel mit der Forderung nach einer politisch getriebenen ökologischen Transformation der Industrie. Dies wird nicht nur auf den Klimawandel, sondern auch auf die Herausforderungen der Digitalisierung und des demografischen Wandels bezogen.

Dieser Ansatz einer Ökologischen Modernisierung innerhalb politisch gesetzter Leitplanken beinhaltet

eine Kritik an eng gewinnorientierten Unternehmensstrategien und „marktfundamentalistischen“ Politiken. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist der Markt nicht in der Lage, die Investitionen zu bewirken, die zur Erreichung der Klimaziele und zur Verbesserung der sozioökonomischen Bedingungen notwendig sind. Demgegenüber fordern die Gewerkschaften einen aktiveren und strategisch engagierteren Staat, der (i) erheblich in relevante Infrastrukturen investiert, (ii) Unternehmen bei der Umstellung auf „grüne“ Produktionsprozesse finanziell unterstützt und (iii) Arbeitnehmer durch subventionierte Schulungs- und Qualifizierungsprogramme stärkt, um ihnen den Übergang in Arbeitsplätze in den neuen „grünen“ Branchen zu erleichtern oder sich an die Anforderungen veränderter Arbeitsplätze anzupassen.

Kernforderungen der Gewerkschaften sind:

- Öffentliche Investitionen in Infrastruktur und grüne Technologien
- Entbürokratisierung zur Beschleunigung des Ausbaus von Projekten im Bereich erneuerbare Energien
- Subventionierte Energiepreise für Industrieunternehmen („Brückenstrompreis“) oder Steuererleichterungen
- öffentlich kofinanzierte Aus- und Weiterbildung für Arbeitnehmer
- Kopplung staatlicher Unterstützung an Tarifverträge und Produktionsgarantien.



Gewerkschaften haben eine Reihe von Initiativen entwickelt, um den Wandel mitzugestalten. Bemerkenswerte Beispiele sind:

Einrichtung regionaler Transformationsräte

als Foren für die korporatistische (Mit-)Gestaltung regionaler Transformationsstrategien. In diesen Gremien beraten Gewerkschaften, Industrieverbände, zivilgesellschaftliche Organisationen und regionale politische Akteure wie Kommunen und Arbeitsagenturen über gemeinsame Transformationsstrategien und Konzepte für die jeweilige Region. In etwa 37 Prozent der Regionen in Deutschland gibt es derzeit ein derartiges Forum.

Der Einsatz der Gewerkschaften für die Schaffung dieser Räte und ihre Beteiligung daran zusammen mit anderen Akteuren entspricht

dem von ihnen verfolgten korporatistischen Politikansatz. Neben ihren Forderungen nach Sofortmaßnahmen für besonders betroffene Beschäftigte legen sie damit auch einen Schwerpunkt auf die Gestaltung regionalen Strukturwandels.

Das Qualifizierungsgeld fördert Umschulungen und Qualifizierungen im Rahmen von Kurzarbeitsregelungen, die an Tarifverträge gekoppelt sind. Dadurch können Arbeitnehmer vorübergehend von der Arbeit freigestellt werden, um sich umzuschulen, damit sie auch künftig bei ihrem Arbeitgeber bleiben können.

Nachdem Gewerkschaften dieses Instrument seit 2019 als Klausel in Tarifverträgen ausgehandelt hatten, fordern sie seine gesetzliche Institutionalisierung (Transformationskurzarbeitergeld), was die frühere Regierung am 1. April 2024 verabschiedete und als neues „Qualifizierungsgeld“ umsetzte.

Beschäftigte, deren Arbeitsplatz im Zuge von Umstrukturierungen wegfällt, erhalten 60 Prozent ihres Nettogehalts (67 Prozent, wenn sie mindestens ein Kind haben) als Lohnersatzleistung von der Bundesregierung finanziert, während sie Umschulungs-/Qualifizierungsprogramme absolvieren, die es ihnen ermöglichen, im Unternehmen zu bleiben.

Die Kohlekommission

Die Kohlekommission, offiziell „Kommission ‘Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung’“, wurde 2018 eingesetzt. Das Gremium, bestehend aus Vertretern

der Regierung, Gewerkschaften, Arbeitgebern, Umwelt-NGOs, lokal betroffenen Bevölkerungsgruppen und Wissenschaftlern, handelte einen Gesetzentwurf aus, der das Ende der Kohleverstromung für 2038 festlegt. Auf Grundlage ihrer Empfehlungen wurden 40 Milliarden Euro für Entschädigungen und den Strukturwandel in den betroffenen Regionen bereitgestellt.

Revierwende

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat in allen vier ehemaligen Kohlerevieren Unterstützungsnetzwerke ins Leben gerufen (Projekt „Revierwende“). Diese Netzwerke sollen die Mitwirkung der Beschäftigten an der strukturellen Entwicklung der Kohlereviere stärken und Wissenstransfer, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, Beratung, Qualifizierung und Weiterbildung ermöglichen.

Diese Initiativen sind Beispiele dafür, wie Gewerkschaften die Möglichkeiten, die ihnen

das institutionelle Umfeld in Deutschland eröffnet, nutzen, um Lösungen zu schaffen und auf den wirtschaftlichen Druck zu reagieren, der durch die Dekarbonisierung entsteht. Eine Begrenzung dieses Politikansatzes besteht darin, dass er weitgehend auf Reformen auf nationaler Ebene ausgerichtet ist und es ihm an einer globalen Perspektive mangelt.



Die Rhetorik der Gewerkschaften betont oft die Solidarität mit Arbeitnehmern weltweit, doch dies schlägt sich nur selektiv

in konkreten Maßnahmen nieder. Die Überlegungen und Forderungen berücksichtigen oft nur begrenzt die sozialen und ökologischen Konsequenzen der von den aktuellen Dekarbonisierungsstrategien vorausgesetzten fortgesetzten Rohstoffgewinnung vor allem aus dem Globalen Süden und die damit verbundenen Risiken:

- Ausbeutung von Arbeitskräften und ökologische Schäden
- Wirtschaftliche Abhängigkeit und technologische Ungleichheiten

- Hindernisse für koordinierte globale Klimaschutzmaßnahmen.

Die Unterstützung des EU-Lieferkettengesetzes ist ein positiver Schritt. Allerdings scheinen die Bemühungen der Gewerkschaften, sich mit weiterreichenden Fragen des gerechten Ressourcenzugriffs und des fairen Ausgleichs auseinanderzusetzen, begrenzt, und wirken sich kaum auf politische Initiativen aus.



“

Wir sind nicht das revolutionäre Subjekt, das ich mir erhofft hatte.

Gewerkschafter

Gewerkschaften zwischen Realpolitik und transformativen Forderungen

Die deutschen Gewerkschaften verfolgen einen „realpolitischen“ Ansatz, um innerhalb des deutschen korporatistischen Systems die Interessen ihrer Mitglieder in den Wandlungsprozessen zu vertreten. Die Hauptunterschiede zwischen Gewerkschaften liegen in der Geschwindigkeit des Wandels, für die sie sich einsetzen.

Forderungen nach umfassendem, systemischem Wandel sind angesichts dieser Grundorientierung kein Bestandteil der offiziellen Gewerkschaftspolitik. In den internen Debatten sind explizite

Kapitalismuskritik, Forderungen nach globaler Gerechtigkeit in einem umfassenderen Verständnis sowie die Betonung der problematischen Abhängigkeit des Übergangs von der Ausbeutung seltener natürlicher Ressourcen als eine Minderheitenposition jedoch Teil des Diskurses.

Dabei sind der Stand dieser Debatten und die offiziell vertretenen Positionen nicht statisch, sondern es zeichnen sich Verschiebungen ab:

- 1. Die Klimakrise als soziale Frage darstellen:** Gewerkschaften ist es mit anderen Akteuren gelungen, die öffentliche Debatte über technische Lösungen hinaus zu erweitern.
- 2. Sozial-ökologische Allianzen:** Neue Koalitionen zwischen Gewerkschaften und Umwelt-NGOs zeigen Potenzial für breitere transformative Bündnisse an.

- 3. Verschiebung im Denken der Gewerkschaften:** Interviews zeigen eine langsame, aber merkblichen Hinwendung von Gewerkschaftern zu einer stärker systemisch gedachten kritischen Haltung gegenüber Wachstums- und Produktionsmodellen.

- 4. Zunehmende Unterstützung für Vermögensumverteilung:** Die erneute Debatte über Vermögensbesteuerung könnte finanziellen Spielraum für eine gerechte Politik der Transformation schaffen.

- 5. Vorschlag einer Reform des Betriebsverfassungsgesetzes:** Die 2022 vom DGB vorgeschlagene Reform würde Betriebsräten mehr Einfluss auf umweltrelevante Produkt- und Investitionsentscheidungen einräumen und die Einrichtung von Umweltausschüssen in Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten vorschreiben.



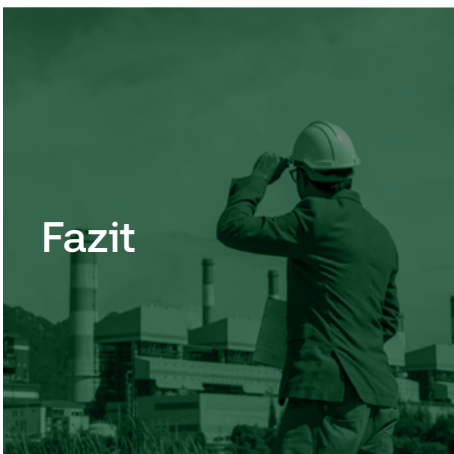
Für Gewerkschaften:

- **Auf strengere Auflagen drängen:** Subventionen und Ausschreibungen sollten auf den Grundsätzen fairer und guter Arbeit basieren, verbunden mit Tarifbindung und starken Mitbestimmungsrechten.
- **Förderung inklusiver Narrative:** Klimapolitik als Einsatz für soziale und ökologische Gerechtigkeit verstehen – als Gegengewicht zur vereinnahmenden Rhetorik der extremen Rechten.
- **Allianzen ausbauen:** Dauerhafte Bündnisse mit Akteuren der Zivilgesellschaft bilden, um sich für progressive und sozial verankerte Klimapolitik einzusetzen
- **Globale Solidarität vertiefen:** Rhetorische Unterstützung für globale Gerechtigkeit in konkrete Vorschläge umsetzen und Druck auf Arbeitgeber machen, die Grundsätze fairer und guter Arbeit entlang der Lieferkette anzuwenden.
- **Kreislaufwirtschaft fördern:** Natürliche Ressourcen, planetarische Grenzen und Arbeitsplätze durch Kreislaufprinzipien schützen.

Für die deutsche Bundesregierung und die Landesregierungen:

- **Fiskalischen Spielraum erweitern:** Die Schuldenbremse sollte vollständig reformiert werden, um notwendige Investitionen zu ermöglichen. Die geplanten 500 Milliarden Euro über 12 Jahre reichen nicht aus, um die Anforderungen des Wandels oder auch nur den Bedarfs an Infrastrukturleistungen zu decken.
- **Partizipation institutionalisieren:** Transformationsräte ausweiten und Mitbestimmung stärken. Dies kann die Unterstützung der Arbeitnehmer für Transformationsprozesse durch deren Demokratisierung fördern.
- **Gerechtigkeit im Klimarecht verankern:** Klimapolitik an strenge Arbeitsnormen und internationale Fairnessklauseln knüpfen, um ökologische und soziale Belange auf nationaler und internationaler Ebene enger zu verknüpfen.
- **Erneuerung der Gewerkschaften unterstützen:** Maßnahmen fördern, die Tarifbindung und Mitgliederwachstum stärken. Eine Möglichkeit besteht darin, Subventionen und öffentliche Ausschreibungen an Tarifbindung und Beschäftigungsgarantien zu knüpfen.





Fazit

Als Europas größte Volkswirtschaft und größter Verursacher von CO₂-Emissionen könnte Deutschland mit einem erfolgreichen Dekarbonisierungsprozess im Einklang mit den Grundsätzen eines gerechten Übergangs eine wichtige Signalwirkung für andere Länder in Europa und weltweit entfalten.

Innerhalb der Tradition von sozialpartnerschaftlicher Aushandlung und kooperativem Krisenmanagement üben die deutschen Gewerkschaften einen erheblichen Einfluss auf die Klimapolitik aus.

Durch Tarifverträge und Mitbestimmung in Form von Betriebs- und Aufsichtsräten liegen die wichtigsten Einflussbereiche der Gewerkschaften in diesem Transformationsprozess vorwiegend auf Unternehmens- und Branchenebene. Über formelle wie auch informelle Konsultationsprozesse sind sie aber auch wichtige Akteure auf nationaler politischer Ebene.

Die deutschen Gewerkschaften sind in einer sehr guten Ausgangsposition, um eine Führungsrolle für einen sozial-ökologischen Wandel zu spielen – aber dafür müssen sie über ihren nationalen Pragmatismus hinausgehen.



Ein gerechter Übergang muss sowohl sozial inklusiv als auch global gerecht sein. Damit Deutschland wirklich eine Führungsrolle im Klimaschutz übernehmen kann, sollte die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich für diese Vision stark machen.

Dieses Projekt untersucht über 14 Länder hinweg vergleichend gewerkschaftliche Konzepte, Strategien und Maßnahmen für einen **sozial gerechten Übergang (Just Transition) zur klimaneutralen Wirtschaft**. Ziel ist es, Empfehlungen für den Schutz und die Stärkung von Beschäftigten und gefährdeten Gruppen im Zuge eines strukturellen Umbaus hin zur Klimaneutralität zu entwickeln. Das Projekt wird von der Hans-Böckler-Stiftung unter dem Titel „Just Transition: Aktivitäten im internationalen Vergleich“ und der Fördernummer 2021-582-2 finanziert.

Contact details

Dr Felix Schulz (Author)
Lund University
✉ felix.schulz@LUCSUS.lu.se

Professor Vera Trappmann
(Author, principal investigator and project lead)
University of Leeds
✉ V.Trappmann@leeds.ac.uk

Professor Dennis Eversberg (Author and project lead)
Goethe University Frankfurt
✉ Eversberg@em.uni-frankfurt.de

Find out more

[Visit the website \(https://justtransition.leeds.ac.uk\)](https://justtransition.leeds.ac.uk)
for further information about this project, including full case study reports, podcast episodes, and articles.

Date of publication: September 2025